

Sächsisch Volkszeitung

Sächsische Volkszeitung

nach

Dresden-N. 6

König-Albert-Strasse 25/27

Wegpreis: Monatlich (mit Haus Abgabe) 5,50 M. ...

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen ...

Anklagerede gegen Deutschland

Paris, 8. Dez. In der französischen Kammer, in der das Kriegsbudget durchberaten wurde, ergriß André Lefebvre das Wort zu einer heftigen Anklagerede gegen Deutschland.

Man bereite eine Mobilisierung und Konzentration vor. Die vielen Menschen hätten auch Waffen, die man allmählich entbede.

Lefebvre erzählt die Geschichte von dem Jagdparabier, der in 30 Minuten in ein Infanterieregiment umgewandelt werden könne.

Infolge eines Missverständnisses des Abgeordneten Hum entliehe ein Zwischenschritt zwischen verschiedenen Abgeordneten.

Lefebvre fragt, ob man denn einer Wendemarke, wenn sie nicht dazu bestimmt sei, einen Bestandteil eines jahreslangen

und mobilisierbaren Heeres zu bilden, ein dreijähriges Reglement gebe, Secht und Endbericht hätten zur Grundlage die

Hierauf ergriß Kriegsminister Barthou das Wort. Er zögerte nicht, heute unter Vorbehalt der Folgerungen, die man daraus ziehen werde, zu erklären, daß es keine Tatsache, kein Dokument gebe, das Lefebvre vorträge.

In der Fortsetzung der Rede sprach Lefebvre: Die modernen Mittel, von denen Secht gesprochen habe, seien tatsächlich vorhanden. Einzelne Panzerzüge seien in Oberschlesien an der Arbeit gewesen worden.

Tragen zu ihrer Herstellung zusammenzufinden, bevor eine in erster Linie internationale Macht von sich aus eine Entscheidung über Krieg und Frieden trifft.

Washington

Von Nationalrat Dr. Heinrich Maraja Wien.

Die Konferenz von Washington dürfte so ziemlich das vielfältigste Gerede in der neueren politischen Weltgeschichte darstellen.

England hat heute vor einem Berg von Problemen. In der englischen öffentlichen Meinung überwiegt die irische Frage.

Betrachtet man die Karte Ostasiens, so sieht man, daß Japan dem asiatischen Kontinent einen Wall gegen den stillen Ozean vorgelagert hat.

Voucher in London

London, 8. Dezember. Voucher ist heute in London eingeflossen, um das Reparationsproblem mit Mitgliedern der britischen Regierung zu erörtern.

Befürwörungen über die Reparationsfrage Berlin, 8. Dez. Heute vormittag fand zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem Reichswirtschaftsminister Schmidt, dem Reichsbankpräsidenten Davenstein und dem deutschen Postminister in Paris, Dr. Waber, eine Besprechung über die Reparationsfrage statt.

Anleihe und kurzes Moratorium

Paris, 8. Dez. „Journal des Debats“ schreibt, die Befürwörungen dienen dazu, einen Ausweg aus beiden entgegengesetzten Standpunkten zu bewirken, der denn auch nicht unwahrscheinlich sei.

Bewilligung des Moratoriums?

Berlin, 9. Dezember. Aus London wird gemeldet, Minister Dr. Rathenau wird nach Deutschland die Versicherung mitnehmen, daß das Moratorium freitens der Entente bewilligt werden wird.

Keine Einladung Deutschlands nach Washington

Washington, 9. Dezember. Die britischen Korrespondenten melden ihren Blättern, Harding habe erklärt, daß die Einladung Deutschlands nach Washington unmöglich sei.

Die Verhandlungen über die Seestreitkräfte

Washington, 9. Dez. Die auf der Abrüstungskonferenz behandelten unverbündlichen Vorschläge, die eine Vereinbarung der Vereinigten Staaten mit den anderen Seemächten an die Stelle des englisch-japanischen Bündnisses setzen sollen, sind der Konferenz telegraphisch übermittelt worden.

Fremdes Kapital in Oberschlesien

Breslau, 8. Dezember. Die Aktien der Deutschen Eisenhandelsaktien-Gesellschaft sind vom ausländischen Kapital aufgekauft worden.

Forderung der Freilassung Smetts

Paris, 8. Dezember. Ladas meldet: Die Interalliierte Rheinlandkommission habe einstimmig beschlossen, daß die deutschen Behörden den Sozialistenführer Smetts freilassen müßten.

Der Friede mit Irland

London, 8. Dezember. Der Premierminister von Ulster Sir James Craig teilte mit, seiner Ansicht nach stehe jetzt der irische Frieden in Aussicht.

Zusammenkunft der Wirtschaftsminister

München, 8. Dez. Die deutsche Regierung teilt amtlich mit, daß Wirtschaftsminister Schmidt am 12. und 13. Dezember mit den japanischen Ministern der Völker und ihren Vertretern in Tokio eine Aussprache über die gegenwärtige Wirtschaftslage hatten.

Bayern gegen die Reichsaufsicht

München, 8. Dezember. Die „Bayerische Volkszeitung“ meldet, daß die bayerische Staatsregierung in Berlin Aufträge erhalten habe, dem Reichsaufsicht über den Straßenbau des Landes niemals gefällig zu sein.

Vor einem neuen Eisenbahnerausstand in Berlin

Berlin, 8. Dezember. In dem Konflikt zwischen der Direktion und den Angehörigen der Preussischen Hochbahngesellschaft finden weitere Verhandlungen nicht statt.

161 540 000 000 Mark Reichsdefizit

Berlin, 8. Dez. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine am 21. November angefertigte Rebericht über den Reichshaushalt im Rechnungsjahre 1921 überreicht.

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.